

Politik in Zeiten nationaler Verzückung

Putins Botschaft zur Lage der Nation im Jahre 2014

Hans-Henning Schröder, Bremen

Zusammenfassung

Die Botschaft des Präsidenten an die Föderalversammlung, sein Rechenschaftsbericht über seine Politik fand in einer widersprüchlichen Situation statt. Einerseits kann sich der Präsident auf eine breite Zustimmung einer Bevölkerung stützen, die auf die Übernahme der Krim mit nationaler Verzückung reagiert hat, andererseits hat sich Russland international isoliert und seine Wirtschaft gleitet in eine Rezession ab. Parlament und Öffentlichkeit konnten in dieser Situation erwarten, dass der Präsident ihnen seine Vorstellungen über die Neuordnung im postsowjetischen Raum und angesichts der drohenden Krise auch die Grundzüge seiner Wirtschafts- und Sozialpolitik präsentieren würde. Doch das tat er nicht. Putin trat ohne politische Vision auf, und ohne ein Handlungskonzept zur Überwindung der inneren und der äußeren Krise. Es scheint fast, als verschließe er die Augen vor den realen Problemen und verweigere Politik.

Wirtschaftskrise und patriotische Begeisterung

Russland befindet sich in einer ambivalenten Situation. Die Volkswirtschaft wird mit großen Schwierigkeiten konfrontiert, doch steht die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung im Jahre 2014 hinter der Führung und unterstützt deren Politik.

In der Wirtschaft haben sich seit Jahren Probleme angestaut. Doch keine der verschiedenen Regierungsmannschaften seit 2003 hat die Kraft gefunden und den Raum bekommen, ernsthafte Reformen in Gang zu setzen. Die russische Wirtschaftsleistung basiert nach wie vor im Wesentlichen auf der Extraktion und dem Export von Roh- und Brennstoffen. Die verarbeitende Industrie ist schwach entwickelt, das Technologieniveau ist niedrig. Die Innovationsleistung ist unzureichend: Im Jahre 2013 hat Russland beim Europäischen Patentamt gerade einmal 1.168 Patente angemeldet gegenüber 22.292 chinesischen, 32.022 deutschen, 52.437 japanischen und 64.967 US-amerikanischen Patenten. International ist die russische Industrie nicht konkurrenzfähig, das Bankensystem ist schwach, der inländische Kapitalmarkt unterentwickelt. Die Verwaltung ist ineffizient, Eigentumsrechte sind nur unzureichend gesichert. Die vier »I« des Medwedew'schen Modernisierungsprogramms von 2009 – Infrastruktur, Investitionen, Innovation und Institutionen – bezeichnen nach wie vor die Schwachstellen der russischen Volkswirtschaft. Glaubliche Ansätze zur Überwindung der strukturellen Probleme hat es nach dem Scheitern dieser Reformpläne nicht mehr gegeben.

Im Jahre 2014 wird die Volkswirtschaft durch das Sinken der Ölpreise und die Sanktionen, die die EU und die USA gegen russische Unternehmer und russische Banken ausgesprochen haben, zusätzlich belastet. Die Wachstumsraten gehen gegen Null, die Preise

steigen, für einen Ausbau und die Modernisierung der Industrie fehlen die Mittel. Investitionen gehen zurück, Kapital fließt ab. Nach Angaben der Zentralbank betrug der Nettokapitalexport des privaten Sektors allein in den neun Monaten von Januar bis September 2014 85,3 Mrd. US-Dollar (im ganzen Jahr 2013 waren es 61 Mrd. US-Dollar).

Die ökonomische Schwäche strahlt auf die soziale Situation aus. Die großen sozialen Unterschiede, die Kluft zwischen Arm und Reich bestimmen nach wie vor das gesellschaftliche Klima. Große Teile der Bevölkerung – die Staatsangestellten und die Beschäftigten der »alten« Industrien – sind auf staatliche Transfers angewiesen. Der Rückgang der staatlichen Einnahmen und die Preissteigerungen der letzten Monate werden sich auf diese Gruppe auswirken. Weiten Teilen der Bevölkerung droht eine Verschlechterung des Lebensstandards. Wie sich diese Entwicklung auf das soziale Klima auswirken wird – ob sich die Unzufriedenheit gegen die Eliten richten wird, oder ob es zu einem nationalen Schulterschluss gegen den »äußeren Feind« kommt –, ist schwer zu prognostizieren.

Das politische und gesellschaftliche Klima stellte sich aber ungeachtet aller Probleme aus Sicht der Regierung positiv dar. Die Übernahme der Krim in den russischen Staatsverband wurde von 80 % der russischen Bevölkerung begrüßt. Präsident und Regierung schwammen auf einer Welle patriotischer Euphorie. Die Umfragewerte stiegen steil und signalisierten einen breiten plebisizitären Rückhalt für das Regime.

In diesem Moment wirtschaftlicher Krise und politischer Begeisterung trat der Präsident mit seiner Botschaft zur Lage der Nation vor beide Häuser des Parlamentes. Mit Recht konnten die Abgeordneten und die Öffentlichkeit erwarten, dass der Präsident ihnen seine

Vorstellungen über die Neuordnung im postsowjetischen Raum und angesichts der drohenden Krise auch die Grundzüge seiner Wirtschafts- und Sozialpolitik präsentieren würde. Finanz- und Wirtschaftsminister, aber auch der Vorstandsvorsitzende der *Sberbank*, der größten Bank des Landes, hatten in den Wochen zuvor wiederholt auf die großen Probleme hingewiesen. Nun hatte der Präsident das Wort.

Der Rahmen der Botschaft

Einmal im Jahr ist der Präsident gehalten, vor der Föderalversammlung, die beide Häuser des Parlaments umfasst – die Duma und den Föderationsrat –, Rechenschaft über die Regierungsarbeit abzulegen. In den letzten Jahren hatte er zudem dem Parlament zu einem anderen Zeitpunkt noch eine eigene »Haushaltbotschaft« präsentiert, die die Finanz- und Budgetpolitik darlegte. 2014 wurden beide Berichte in einer Rede zusammengefasst und einer Versammlung präsentiert, die nicht nur beide Häuser des Parlaments umfasste, sondern auch zahlreiche geladene Gäste. Die Botschaft an die Föderalversammlung änderte somit ihren Charakter. Die Rechenschaftslegung des Präsidenten wurde als Demonstration nationaler Einheit und politischer Macht ausgerichtet.

Diese Inszenierung wurde auch nicht durch den Angriff auf das Zentrum Grosnyjs gestört, den Insurgenten des »Imamats Kaukasus« in der Nacht vom 3. auf den 4. Dezember unternahmen. Wenigstens zwei Gruppen von Aufständischen besetzten das Pressehaus und eine Schule im Zentrum der tschetschenischen Hauptstadt. Im Verlauf der Feuergefechte mit Sicherheitskräften, die bis in den Vormittag des 4. Dezember anhielten, wurden zehn Angehörige der Sicherheitskräfte getötet und 28 verwundet. Die Untergrundkämpfer, deren Zahl mit neun angegeben wird, wurden »vernichtet«.

Noch während im abgesperrten Zentrum Grosnyjs das Pressehaus brannte und Gefechtsslärm zu hören war, trat Präsident Putin in Moskau vor die versammelte Elite. Die Ereignisse in Tschetschenien erwähnte der Präsident nur ganz beiläufig. Das Oberhaupt der Region, Ramzan Kadyrow, saß ruhig unter den Zuhörern, obgleich seine Pressestelle am Morgen erklärt hatte, die »konterroristische Operation« in Grosnyj fände unter Kadyrows persönlicher Leitung statt.

Dass die politische Führung den größten Terroranschlag, der in Russland seit langem stattgefunden hatte, souverän ignorierte, gab Putins Auftritt vor der Föderalversammlung von Anfang an einen Beigeschmack von Unwirklichkeit. Dieser Eindruck bestätigte sich auch im Verlauf der 70-minütigen Rede. Der Präsident wich den brennenden wirtschafts- und innenpolitischen Fragen aus, er entwickelte keine politischen Konzepte,

betonte aber immer wieder die nationale Größe und Geschlossenheit.

Einerseits die Krim und Russlands Kraft ...

Inhaltlich zerfiel die »Botschaft« 2014 in zwei Teile, die sich nicht nur inhaltlich, sondern auch in Sprachduktus und Charakter deutlich unterschieden. Der erste Block, der den Konflikt mit der Ukraine und die Politik im postsowjetischen Ausland thematisierte, schwelgte in patriotischer Romantik und nationalen Phrasen, der zweite, der sich mit dem Mikromanagement begrenzter wirtschaftlicher und sozialer Probleme befasste, war dagegen von ernüchternder Sachlichkeit.

In der Substanz war der erste Teil der Rede, der sich mit der Russland-Ukraine-Krise, der Übernahme der Krim und der Haltung der Außenwelt befasste, eher mager. Putin rekapitulierte knapp die offizielle russische Version, die »dem Westen« und »den Kräften« in Kiew die Schuld an der Entwicklung zu schob, und beschuldigte die USA und ungenannte westliche Partner, gegenüber Russland eine Politik der Eindämmung zu betreiben – teilweise sogar einen Zerfall und eine Zergliederung Russlands »nach jugoslawischem Vorbild« zu wünschen. Diese Darstellung kleidete der Redner in eine barocke nationale Rhetorik, in der von Einheit, Solidarität, Schicksalhaftigkeit, dem »souveränen und starken Staat« die Rede war, der »fähig [sei], seine Landsleute zu schützen, ehrenvoll Wahrheit und Gerechtigkeit durchzusetzen«, vom »tiefen Verständnis von Sinn und Bedeutung allgemeinnationaler Interessen«, der Unteilbarkeit, »Zielgerichtetetheit des tausendjährigen Wegs unsere Vaterlandes«, dem Christentum als geistig einender Kraft und dem Nationalstolz. Immer wieder beschwore der Präsident die eigene Stärke: »Und wir glauben an uns. Daran, dass wir viel vermögen und alles erreichen...«, »...wir sind stark und uns unserer selbst sicher«, »... mit Russland von einer Position der Stärke aus zu sprechen, ist sinnlos«.

Die Mischung von Feindbildern, Bedrohungsszenarien und lautstarker Selbstvergewisserung hinterlässt einen zwiespältigen Eindruck. Es scheint fast, als sei der Präsident, dessen Land gerade in die Rezession abgleitet, sich seiner selbst doch nicht so sicher, als sei das ganze patriotische Pathos nur ein Pfeifen im dunklen Walde. Doch wichtiger als die Angstrhetorik war ein anderes Moment: Die ganze Argumentation war rückwärtsgewandt, es gab keine Formulierung, die erkennen ließ, wie sich die russische Führung eine Lösung der Russland-Ukraine-Krise vorstellte. Im Gegenteil: Indem der Präsident die Krim als heiligen Boden, als russischen »Tempelberg« beschrieb und die erfolgreiche Abwehr Hitlers beschwore, der Russland habe vernichten und hinter den Ural zurückwerfen wollen, verstellte er

jeden Weg für einen Kompromiss. Den »Tempelberg« gibt man nicht auf, einem »Hitler« macht man keine Zugeständnisse. Diese Vergleiche machen es unwahrscheinlich, dass die russische Führung sich in absehbarer Zeit bereit finden wird, Kompromisslösungen mit der Ukraine auszuhandeln. Die Putin-Administration ist im Moment Gefangener der eigenen nationalistischen Propaganda.

... andererseits Eigentum und unternehmerische Freiheit

»Ehrliche Arbeit, Privateigentum und unternehmerische Freiheit«, damit leitetet Putin zum zweiten, konkreten Teil der Botschaft über, seien ebenso wichtige konservative Werte wie Patriotismus und Respekt vor der Geschichte, den Traditionen und der Kultur des eigenen Landes. Wer aber nun eine Bewertung der schwierigen wirtschaftlichen Lage erwartete, wurde zunächst enttäuscht. Putin thematisierte Detailfragen, wie den übermäßigen Druck der Justizorgane auf das kleine und mittlere Unternehmertum, sprach sich für Steuererleichterungen aus und bot den Unternehmern einmalig die »volle Amnestie« für Kapital an, dass nach Russland zurückgebracht werde. Er plädierte für eine weitere Verbesserung des Geschäftsklimas, für die Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur und die Schaffung von Industrieparks in den Regionen.

Erst spät wandte sich der Präsident den aktuellen Problemen zu. Für die Rubelschwäche gab er Spekulanten die Schuld und forderte von der Zentralbank Gegenmaßnahmen. Er verwies auch auf die kritische Abhängigkeit von ausländischen Technologien und ausländischer Produktion. Importsubstitution sei daher eine langfristige Priorität – auch über die gegenwärtige Krise hinaus. Banken wolle er durch Mittel aus dem Wohlfahrtsfonds unterstützen. Putin plädierte ferner für eine bessere Nutzung der vorhandenen Ressourcen und die Bekämpfung von Diebstahl und Unterschlagung, insbesondere bei Beschaffungsaufträgen des Ver-

teidigungsministeriums. Auch die Ausbildung von Ingenieuren und Facharbeitern wollte er verbessert sehen.

Schließlich wandte er sich der Sozialpolitik zu, lobte die Fortschritte bei der Bevölkerungsentwicklung und im Gesundheitswesen, sprach über Schulbildung und kündigte an, den sozial tätigen Nichtregierungsorganisationen größere Spielräume einräumen zu wollen.

All diese Einzelmaßnahmen verdichtete der Redner nicht zu einem wirtschaftspolitischen Konzept. Wie die russische Führung auf die drohende Rezession reagieren will, wie die künftige Wirtschaftspolitik aussehen soll, darüber schwieg sich der Präsident aus.

Ein Präsident ohne Perspektiven

Für europäische Beobachter und für russische Wirtschaftspolitiker und Geschäftsleute war Putins Botschaft an die Föderalversammlung eine Enttäuschung. Denn sie bot keine Lösungen an, weder für die verfahrene Situation in der Ostukraine noch für die angeschlagene Volkswirtschaft, die in die Rezession abzugleiten droht. Es schien fast so, als sei das Elitenkartell, das die Putin-Administration trägt, zutiefst zerstritten, unfähig, eine gemeinsame Politik zu formulieren. Urteilt man nach der Ansprache, dann gibt es im Umfeld des Präsidenten zwei Fraktionen: auf der einen Seite reaktionäre Nationalisten ohne Verständnis für Wirtschaft und internationale Politik und auf der anderen Wirtschaftsbeamte, die sich auf die Behandlung von Detailproblemen zurückgezogen haben und die Formulierung einer Wirtschaftspolitik verweigern.

Der Präsident trat ohne politische Vision und ohne ein Handlungskonzept zur Überwindung der inneren und der äußeren Krise auf. Gewiss wird Putin gerade von einer Welle nationaler Verzückung getragen, doch nutzt er diesen Rückhalt nicht, um endlich jene Reformen einzuleiten, die seit Jahren anstehen. Mehr noch, er verschließt die Augen vor den realen Problemen und verweigert Politik. Es scheint, als ließe Putin seine dritte Amtszeit ebenso nutzlos verstreichen wie schon die zweite.

Über den Autor

Prof. Dr. Hans-Henning Schröder lehrte am Osteuropa-Institut der FU Berlin Regionale Politikanalyse mit Schwerpunkt Osteuropa. Er ist der Herausgeber der Russland-Analysen, die er 2003 gemeinsam mit Heiko Pleines gegründet hat.

Lesetipp

Presidential Address to the Federal Assembly [englische Version der Botschaft in der offiziellen Übersetzung]. 4. Dezember 2014, auf: The Kremlin, Moscow; <<http://eng.kremlin.ru/transcripts/23341>>.

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

Die Rahmendaten der »Botschaft an die Föderalversammlung«

Tabelle 1: Die »Botschaft an die Föderalversammlung« in Zahlen 2000–2014

	Dauer, Minuten	Wörter	Zeichen	Sätze	Redegeschwindigkeit (Wörter pro Minute)
4. Dezember 2014	70	7.139	46.076		102
12. Dezember 2013	69	7.550	49.875	521	109
12. Dezember 2012	81	9.159	56.848	594	113
22. Dezember 2011	64	6.452	42.975	426	101
30. November 2010	72	7.042	45.247	382	98
12. November 2009	100	9.548	62.864	613	95
1. November 2008	85	8.342	54.772	662	98
26. April 2007	72	8.076	52.271	555	112
10. Mai 2006	62	6.477	41.865	415	104
25. April 2005	48	5.220	33.793	344	109
26. Mai 2004	47	5.207	34.295	404	111
16. Mai 2003	65	6.005	38.695	488	92
18. April 2002	51	5.752	36.863	445	113
3. April 2001	63	6.318	40.567	414	100
8. Juli 2000	50	5.215	33.793	421	104

Präsidentschaft von Dmitrij Medwedew Präsidentschaften von Wladimir Putin

Zusammengestellt nach Angaben in den russischen Zeitungen *Kommersant* (2008–2013) und *Komsomolskaja prawda* (2014), <<http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=1052867, 6.11.2008>>; <<http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=1273582, 13.11.2009>>; <<http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=1549197, 1.12.2010>>; <<http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=1844061, 23.12.2011>>; <<http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=2088841, 13.12.2012>>; <http://im.kommersant.ru/ISSUES.PHOTO/DAILY/2013/230/_2013d230-01-01.jpg, 17.12.2013>; <<http://www.kp.ru/daily/26316.4/3194879/, 5.12.2014>>.

Tabelle 2: Häufigkeit von Schlüsselwörtern in Putins und Medwedews Botschaften an die Nation 2004–2014

	Putin			Medwedew				Putin			
	2014	2013	2012	2011	2010	2009	2008	2007	2006	2005	2004
Zahl der Wörter	7.139	7.550	9.393	6.452	7.042	9.548	8.342	8.076	6.477	5.220	5.207
wir	88	77	179	67	138	81	92	60	60	37	32
ich	7	12	27	36	54	35	15	12	9	3	5
muss	63	89	100	53	60	86	68	53	65	52	60
notwendig	52	56	81	36	68	89	65	54	65	35	58
Russland	72	56	101	35	35	60	44	74	46	65	95
Staat	33	30	43	33	35	51	28	45	29	59	32
Wirtschaft	27	23	36	16	24	33	37	34	30	26	47
Politik	12	8	34	10	18	27	33	23	16	14	12

Fortsetzung auf der nächsten Seite

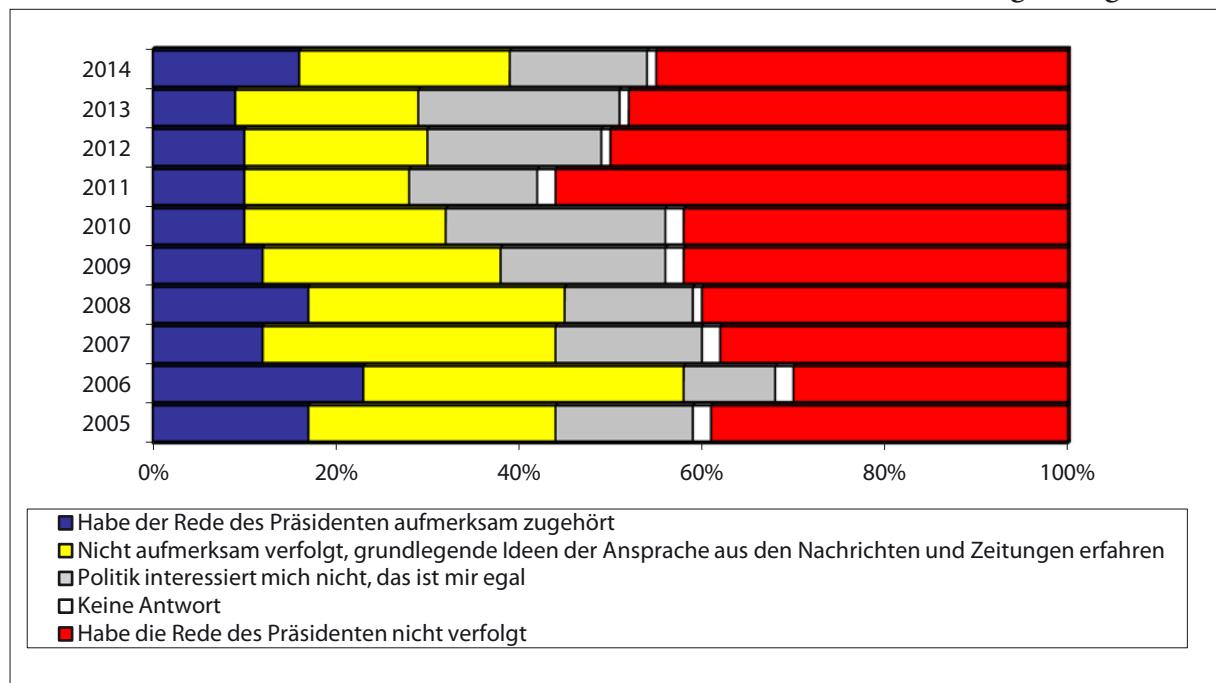
Tabelle 2: Häufigkeit von Schlüsselwörtern in Putins und Medwedews Botschaften an die Nation 2004–2014 (Fortsetzung)

	Putin			Medwedew				Putin			
	2014	2013	2012	2011	2010	2009	2008	2007	2006	2005	2004
Demokratie	1	1	6	3	5	8	26	7	2	23	8
Entwicklung	23	44	45	27	19	40	28	35	33	25	30
Reformen	1	4	0	4	2	2	7	5	5	3	7
Krise	0	1	2	16	7	10	17	2	0	0	1
Technologie	20	16	9	12	16	39	8	18	12	0	1
Gesetz	17	14	27	26	23	35	38	17	9	22	3
Modernisierung	0	1	3	13	24	20	2	7	7	1	8
Korruption	0	3	6	8	3	11	9	1	2	1	1
Zukunft	3	3	10	5	6	83	7	16	3	6	3
Vergangenheit	3	5	7	1	4	6	2	8	5	6	5
Militär	1	11	4	10	4	7	9	15	20	3	10
Armee	2	2	2	4	6	0	4	2	17	0	6
Demographie	3	3	8	1	4	2	0	1	6	1	1
Gesellschaft	14	27	40	19	17	32	23	20	10	40	19
Mensch	7	12	11	7	9	10	14	5	6	13	7
sozial	19	14	16	12	16	24	17	11	16	9	18
Rente	0	1	3	13	5	3	12	27	4	1	1
Wohnen	1	16	16	12	12	3	0	15	6	2	15
Wohnung	0	0	1	6	0	2	0	2	1	0	3
Kinder	4	6	10	23	39	11	3	0	16	3	4
Kleinkind	3	0	7	1	20	1	0	0	17	1	0
Schule	13	14	12	9	14	26	18	2	5	1	2
Familie	3	6	8	10	7	4	2	2	13	0	3
Bildung	14	18	18	8	12	18	14	1	9	5	24
Wissenschaft	7	11	11	6	2	11	3	15	5	5	4
Freiheit	14	4	4	7	5	1	29	4	2	31	9
»Beamte«	0	0	6	2	2	1	2	0	2	5	0
Bürokratie	0	0	1	2	0	1	3	1	2	5	0
Vaterland	12	3	11	2	4	11	2	8	5	4	6
Patriot	3	1	7	0	3	1	1	1	1	0	0
Identität	0	0	2	0	0	0	0	0	0	0	0
Werte	4	7	5	5	5	8	20	5	4	12	3
Moral	1	1	4	0	0	2	4	4	0	2	0
Sitte, Moral	0	3	9	1	1	2	5	3	1	6	1
Innovation	0	3	0	3	6	14	6	3	5	0	0
Tradition	6	9	11	1	1	6	4	3	3	4	1

Quelle: Angaben der Tageszeitung »Kommersant« vom 13.12.2012, 13.11.2009, 27.4.2007 und 11.5.2006 <<http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=762877>>; <<http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=672333>>; <<http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=1273582>>; <<http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=2088841>> und eigene Berechnung auf Basis der Auszählung der Texte.

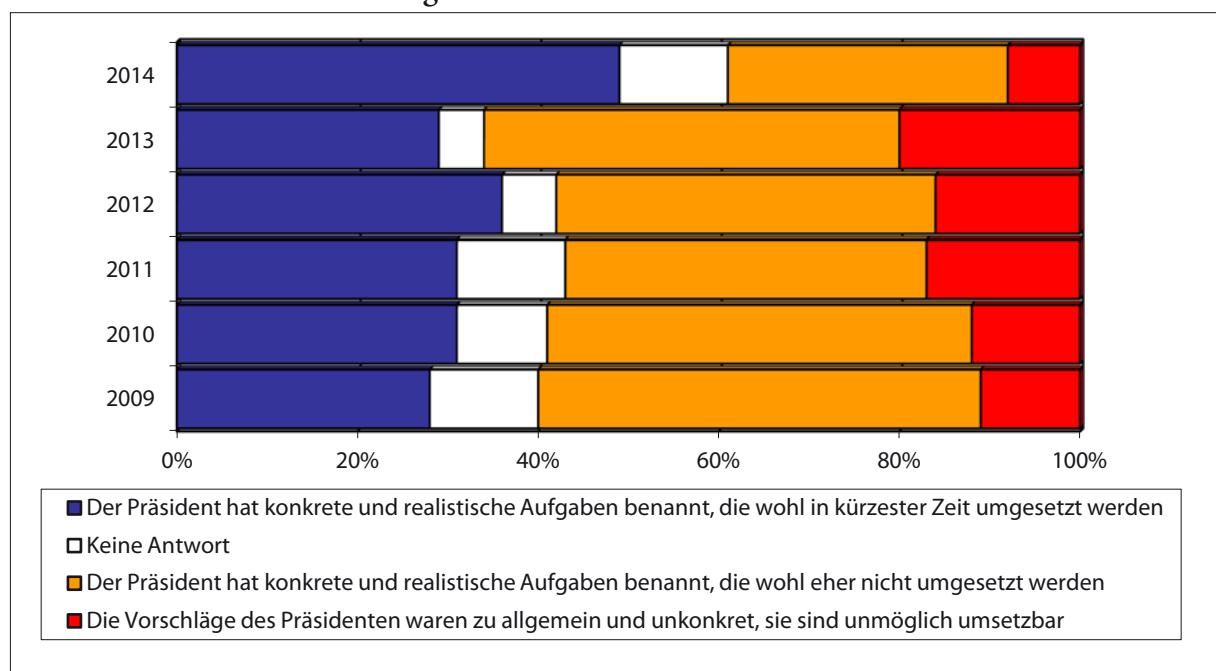
Umfrage zur »Botschaft«

Grafik 3: Haben Sie die Botschaft des Präsidenten an die Föderalversammlung verfolgt?



Quelle: Umfragen des WZIOM vom 6.–7. Dezember 2014, N = 1600. Veröffentlicht am 12. Dezember 2014 unter: <<http://wziom.ru/index.php?id=459&uid=115089>>

Grafik 4: Wie realistisch sind die Aufgaben, die der Präsident in seiner Ansprache benannt hat und werden diese umgesetzt?



Quelle: Umfragen des WZIOM vom 6.–7. Dezember 2014, N = 1600. Veröffentlicht am 12. Dezember 2014 unter: <<http://wziom.ru/index.php?id=459&uid=115089>>

Tabelle 3: Wenn Sie die Rede des Präsidenten verfolgt haben, an welche seiner Ideen und Vorschläge erinnern Sie sich, welche haben Ihnen gefallen und welche nicht? Nennen Sie bitte jeweils 2–3 davon. (Offene Frage, maximal 3 Antworten je Kategorie, in % derer, die die Rede verfolgt haben oder deren Inhalte aus den Nachrichten erfahren haben, Antworten von mind. 1 % der Befragten sind aufgeführt)

Hat mir gefallen		Hat mir nicht gefallen	
Die Unterstützung kleiner und mittelgroßer Unternehmen	7 %	Amnestie auf Kapital (bei Transfer einer Offshore-Anlage nach Russland)	2 %
Amnestie auf Kapital (bei Transfer einer Offshore-Anlage nach Russland)	5 %	Niedergang der Wirtschaft, wenige Vorschläge zur Entwicklung der Wirtschaft	2 %
Den Kurs in Richtung Stabilität und Entwicklung des Landes, die Zukunftspläne insgesamt	5 %	Allgemeine Phrasen, nichts Konkretes	1 %
Widerstand gegen die Sanktionen / Ineffizienz der Sanktionen / deren Nutzen für Russland / kein Einknicken vor dem Westen	4 %	Die Situation in der Ukraine	1 %
Die Krim gehört uns / sakraler Ort / heilige Erde	4 %	Außenpolitik	1 %
Entwicklung, Modernisierung der Wirtschaft	3 %	Nichts	10 %
Armeereform, Erneuerung des Rüstungsarsenals	3 %	Anderes	4 %
Kindergeld, Lösung des Problems mangelnder Kindergärten	3 %	Keine Antwort	81 %
Rubelkurs, Währungsspekulanten zu Leibe rücken	3 %		
Bildungsreform	2 %		
Außenpolitik	2 %		
Situation in der Ukraine / das gegenseitige Verhältnis / Ereignisse	2 %		
Zielgerichtete Investitionen in die Industrie / Landwirtschaft	2 %		
Kampf gegen die Korruption, Ausgabenkontrolle der Staatsbeamten	2 %		
Kontrolle der Regierungsarbeit, Umsetzung aller Anweisungen	2 %		
Entwicklung der Industrie und Landwirtschaft	2 %		
Probleme der Gesundheitsfürsorge	2 %		
Gaspipeline	2 %		
Äußerungen zu den Steuern	1 %		
Vladivostok als Freihandelszone	1 %		
Hat alles gefallen	5 %		
Nichts	5 %		
Anderes	7 %		
Keine Antwort	43 %		

Quelle: Umfragen des WZIOM vom 6.–7. Dezember 2014, N = 1600. Veröffentlicht am 12. Dezember 2014 unter: <<http://wziom.ru/index.php?id=459&uid=115089>>

Spekulanten – Zu Putins Botschaft an die Nation und neuen Feinden Russlands

Die jährliche »Botschaft des Präsidenten an die Föderalversammlung« wurde traditionsgemäß von den Journalisten und Bloggern mit Interesse erwartet. Mehrere Fernsehsender übertrugen live aus dem prächtigen Saal des Kreml-Palastes. Der staatskontrollierte und historisch äußerst loyale Sender »Rossija 1« hat sich selbst übertragen, als er die Übertragung unter dem Titel »Die Botschaft von höchster Stelle« ankündigte, um nochmal die exklusive Rolle Wladimir Putins zu betonen. Kritisch, humorvoll und auch enttäuscht reagierten russische Twitter- und Facebook-Nutzer auf die Statements des Präsidenten zum angeblichen Wandel in der Wirtschaftspolitik und neuen Feinden im Westen wie innerhalb des Landes in Gestalt von Spekulanten auf dem Währungsmarkt. Kurz nach dem Ende der feierlichen Botschaft Putins erschienen zahlreiche Kommentare in den Blogs. Es meldeten sich unter anderem die kremlnahe Bloggerin Kristina Potupschik, der Journalist Anton Orech (Echo Moskau), der Bürgermeister von Jekaterinburg Jewgenij Rojsman, der oppositionelle Politiker und Abgeordnete der Jaroslawler Gebietsduma Boris Nemzow, der Politologe Georgij Satarow und die kritische Journalistin Julia Latynina von der »Nowaja Gaveta« zu Wort.

Was hat Putin gesagt?

»Das Schlüsselthema der Botschaft Wladimir Putins an die Föderale Versammlung war, wie erwartet, die Liberalisierung der Wirtschaft; faktisch wurde ein neuer Wirtschaftskurs angekündigt, der angesichts des externen Druckes auf Russland die einheimische Wirtschaft unterstützen sowie Impulse für die Entwicklung und Konsolidierung geben soll.

Die Sanktionen und äußere Einschränkungen sind, dem Präsidenten zufolge, Anreize, um die gesetzten Ziele effizienter und schneller zu erreichen. Putin hat dabei die Indikatoren des geplanten Wachstums konkret umrissen. [...]

Erwähnt hat der Präsident auch das, was wohl momentan Vielen in Russland Sorgen macht – den Kurs der Nationalwährung. Man muss den Spekulanten die Lust auf das Spiel mit den Kursschwankungen austreiben, sagte Putin, und betonte harsch: alle Spekulanten; und diejenigen, die auf dem Markt auf die Abwertung des Rubel spekulieren, sind bekannt; gegen sie werden demnächst Maßnahmen ergriffen. Als eine zusätzliche Maßnahme, die die Russländer vor den Kursschwankungen schützen soll, wurde eine staatliche Preisregulierung für Medikamente und Lebensmittel angekündigt. Dämpfung der Inflation und Förderung des Wachstums, das sind die Ziele, für die Wladimir Putin den Wirtschaftsplan für die nächsten Jahre ausgearbeitet hat.

In diesem Kontext wiederholten die abstrakteren Überlegungen und Äußerungen des Präsidenten erneut die Position, die Russland schon mehrfach in den letzten Monaten zum Ausdruck gebracht hat: Druck und Eindämmungspolitik des Westens sind jene Instrumente, die seit Jahrhunderten gegenüber unserem Lande eingesetzt werden. Die Ukraine, für die wir übrigens immer noch der wichtigste Wirtschaftspartner sind, ist dabei nur ein Anlass; ohne diesen hätte sich der Westen etwas anderes ausdenken müssen. Genau deswegen bleiben für uns Freiheit und Souveränität Schlüsselwerte, ebenso die Förderung traditioneller Werte, die für die Bürger Russlands zentral sind, nämlich Familie, gute und bezahlbare Bildung, die Möglichkeit zur Umsetzung geistiger und unternehmerischer Ambitionen für jeden Bürger. Genau deswegen sind unsere wirtschaftlichen Hauptfeinde nicht die westlichen Länder, mit denen wir trotz allem die Zusammenarbeit fortsetzen werden, sondern diejenigen, die die Wirtschaft innerhalb des Landes unterminieren. Das sind jene Personen, die Haushaltsgelder zweckentfremden, die Korruptionäre, die »Bauleute«, die die Preise für staatliche Bauprojekte um ein Vielfaches überhöhen, wenn nicht gar um ein Zehnfaches. Nicht zufällig verglich der Präsident die Überhöhung der Preise bei den Rüstungsaufträgen mit dem Terrorismus: Die Ersparnisse des Landes sollen in die Entwicklung der Wirtschaft fließen und zu einer Entziehungskur von der »Ölspritze«, für Investitionen in Technologien und Unternehmen der Nicht-Rohstoff-Branchen eingesetzt werden, also für diejenigen Quellen des Wachstums, die bei entsprechender Qualität der Waren weder von den Sanktionen noch von der Politik abhängig sein werden.«

Kristina Potupschik via Livejournal, 4.12.2014; <<http://krispotupchik.livejournal.com/630877.html>>

Die Spekulanten sind stärker als Putin

»[...] Der Rubelkurs, dessen Dynamik immer mehr an den Fall des Tscheljabinsker Meteoriten erinnert, ist also von den Spekulanten verdorben worden! Wobei die Spekulanten schon bekannt sind, und es an der Zeit ist, Maßnahmen zu ergreifen. Kurzfristig bedeutet das, dass die Zentralbank angehalten ist, alle Währungsreserven zu verbrennen, damit ein Rubel nicht bald nur einen jämmerlichen US-Cent kostet.

Längerfristig bedeutet es, dass dann, wenn die Reserven ausgeschöpft sein werden und der Rubel weiter fällt, wenn die Preise derart steigen, dass ein Gang in den Supermarkt genauso teuer ist wie ein Urlaub, wenn das Gehalt nicht

zweimal im Monat ausgezahlt wird, sondern je nachdem, wann es klappt und wieviel da ist, wenn die Jobsuche nicht nach dem Prinzip ›Wo ist es interessanter und wo verdiene ich mehr?‹ erfolgt sondern nach dem Motto ›Wo kriege ich wenigstens irgendeinen Job?‹, wenn all das kommt, dann werden wir so richtig nach den Übeltätern suchen. Nicht nach Spekulanten an der Börse, sondern nach lateinischen Spionen [möglicherweise eine Anspielung auf den russischen Dichter und Fotokünstler Willi (Witalij Robertowitsch) Melnikow, geboren 1962, der während seines Wehrdienstes in der Sowjetarmee wegen seiner Sprachkenntnisse (englisch, deutsch und französisch) von der militärischen Spionageabwehr verhört wurde; als er auf die Frage des vernehmenden Obersts nach weiteren Sprachkenntnissen antwortete, dass er auch Latein könne, soll der Oberst geantwortet haben: ›Aha, dann bist du also auch ein lateinischer Spion?‹ – Anm. d. Red; siehe: <<http://www.ruscur.ru/archive/759>>]; ›Saboteur-Ärzten‹ [wahrscheinlich eine Anspielung auf die angebliche Verschwörung vor allem jüdischer Ärzte kurz vor Stalins Tod, um die sowjetische Führung auszuschalten], nach Arbeitern, die Maschinen kaputt machen, um die Produktion von Panzern zu sabotieren, nach Kolchosbauern, die Getreide von den Feldern klauen. Je tiefer der Abgrund, desto mehr Feinde sind rundum zu finden. Anders kann ich das nicht verstehen. Was gibt Putin derart ehrlich seine Schwäche zu? Er ist ein genialer Herrscher; er hat alles in der Hand, die Machtvertikale ist errichtet, das System ist eingespielt, aber irgendwelche räudigen Spekulanten sind in der Lage, all das mir nichts, dir nichts in Wanken zu bringen! Heißt das, die Spekulanten sind stärker als der Präsident? Wenn man aber bedenkt, dass das einfache Bürger sind, die die Wechselstuben leerkaufen und dass der Löwenanteil der US-Dollar und Euro eben von natürlichen Personen gekauft wurde, dann stellt sich heraus, die Spekulanten, das sind Hunderttausende normaler Russen. Und nun muss gegen jeden einzelnen von ihnen der Kampf begonnen werden.«

Anton Orech bei Echo Moskwy, 04.12.2014; <<http://echo.msk.ru/blog/oreh/1449272-echo/>>

Ich bin zufrieden

»Ich war bei der Botschaft des Präsidenten dabei, habe aufmerksam zugehört.

Aus der Deklaration:

Russland geht nicht den Weg der Selbstisolierung, es bleibt ein offenes Land und unterstützt alle seine internationa-
len, kulturellen und humanitären Projekte sowie den Kampf gegen den Terrorismus.

Aus dem Konkreten:

Bei der Neigung des Polizei- und Justizsystems zum Schulterspruch, bei der riesigen Anzahl von Inspektoren wird kleinen und mittleren Unternehmen das Überleben schwer; deswegen wird die Zahl der Überprüfungen begrenzt; die Überprüfungen werden absolut transparent sein. Neu gegründete Unternehmen werden zwei Jahre lang von Steuern befreit. Unternehmen, die drei Jahre einen soliden Ruf genießen, werden von allen Überprüfungen befreit. Das Steuergesetzbuch (die Spielregeln) bleibt für die nächsten vier Jahre unverändert. Und was ganz wichtig ist – es wurde eine Amnestie für Kapital verkündet, das aus dem Ausland zurückgebracht wird (ein sehr starker, wenn auch erzwungener Schritt). [...]

Im Grund bin ich zufrieden, dass ich hingefahren bin und selbst zugehört habe. Ich werde es in Ruhe analysieren; im Grunde habe ich einen positiven Eindruck bekommen, obwohl ich nicht mit allem einverstanden war. [...]«

Jewgenij Rojsman auf Livejournal, 4.12.2014; <<http://roizman.livejournal.com/1696871.html>>

Ich glaube nicht dran

»Ich bin's, und nicht Stanislawsjik [vermutlich eine Anspielung auf den Titel des Blogbeitrags: Der bekannte Regisseur Konstantin Sergejewitsch Stanislawsjik (1863–1938) soll gesagt haben ›ich glaube nicht daran‹, wohl wenn er schauspielerische Leistungen für nicht überzeugend hielt. – Anm. d. Red.]. Das wird nichts bei Putin. Es ist klar, dass die Wirtschaftslage nicht einfach nur schlecht ist. Sie ist tragisch furchtbar. Deswegen auch hat er seine Botschaft der Wirtschaft gewidmet. Der Zug ist aber schon abgefahren.

1. Er kommt mit seinen Ideen 15 Jahre zu spät. Wenn man damals begonnen und es zumindest zu einem Drittel umgesetzt hätte, hätte es keinen Fall Jukos gegeben. Und Chodorkowsjik hätte schon längst eine Pipeline nach China gebaut. Und die Unternehmerschaft wäre nicht außer Landes geflüchtet. Zehntausende Unternehmer, die es nicht geschafft haben abzuhauen, säßen nicht im Gefängnis.
2. Hätte er doch den zweiten Teil seiner Botschaft mit einer tatsächlichen Analyse der Lage des Unternehmertums begonnen. Hätte er doch gesagt, dass er heute einen Erlass zur Bildung einer unabhängigen Gruppe von Staatsanwälten unterschrieben hat, die dem Präsidenten unmittelbar unterstellt sind. Dass er mit Müh und Not dafür 365 Menschen ausgewählt hat, die nicht zuvor schon in »Auftrags-Prozesse« involviert waren. Dass innerhalb eines Jahres diese Auftrags-Fälle aufgearbeitet werden sollen. Dass Zehntausende unschuldiger Unternehmer, deren Eigentum beschlagnahmt wurde, freigelassen werden. Dass sie entschädigt werden. Und dass diejenigen, die diese Auf-

träge geschneidert haben, nun deren Plätze einnehmen. Dann hätten wir es vielleicht geglaubt. Ohne Vertrauen gegenüber der Staatsmacht wird es nicht gehen. Man glaubt aber nicht dran.

3. Aus dem Ersatz von Importwaren wird nichts. 1998 gelang es von selbst. Es gab einfach freie Unternehmer im Land, die haben [die Importwaren] ersetzt, selbst, ohne Putin und Primakow. Und jetzt: nein. Es wird nicht klappen.
4. Es kommt nur das eine dabei heraus: eine Amnestie für alles, was sie in 15 Jahren zusammengeklaut haben. Das ja. Das kann klappen. Die Wirtschaft wird das aber nicht mehr retten. Das wird die Inflation antreiben, und das war's.
5. Jeder vollwertige Doktor der Wirtschaftswissenschaften weiß: Die wichtigste Wirtschaftsinstitution ist eine unabhängige Justiz. Dazu gab es kein Wort. Unabhängige Gerichte wären Tod für ihn und seine Bande. Deswegen kein Wort davon. Deswegen wird bei denen nichts klappen.

Amen.«

Georgij Satarow auf Echo Moskwy, 4.12.2014; <<http://www.echo.msk.ru/blog/satarov/1449230-echo/>>

»Gott, bewahre Russland!«

- »1. Kalter Krieg ist eine neue Realität, mit der Russland wird leben müssen, solange Putin an der Macht bleibt.
2. Aggression und Rüstungswettlauf werden weitergehen.
3. Die Amnestie des Kapitals wird nicht zu einer Rückkehr der Gelder nach Russland führen. Damit das Geld zurückkehrt, ist Vertrauen zwischen den Unternehmern und dem Staat vonnöten. Das ist gleich Null. Daher flieht das Geld aus Russland, und zwar in riesigen Mengen. 130 Milliarden [Dollar] sind allein 2014 aus Russland abgezogen worden.
4. Sie werden vier Jahre nicht die Steuern erhöhen und die Unternehmer nicht mit Überprüfungen quälen. Gute Nachricht. Allerdings hat er das erst gesagt, nachdem der Zehnt auf kleine Unternehmen schon eingeführt worden ist.
5. Inflation von 4%. Quatsch. In diesem Jahr sind es mindestens 10%. Im nächsten Jahr laut Prognosen von Zentralbank und Regierung 7,5%.
6. Er wird Setschin, Miller, Jakunin, Timtschenko über staatliche Banken Gelder aus dem Nationalen Wohlstandsfond geben. Wer würde daran zweifeln?!
7. Die Arbeitsproduktivität wird um 5% steigen. Normalerweise steigt die Arbeitsproduktivität entweder bei erhöhtem Wettbewerb oder bei der Gehaltssenkung. Bei Putin wird der Wettbewerb überall zunichte gemacht. Sie können sich also getrost auf einen Rückgang der Reallöhne einstellen.
8. Kein einziges Mal das hat er das Wort »Korruption« ausgesprochen. Im Saal saßen Rotenberg, Jakunin, Miller, Kowaltschuk. Wäre ja peinlich, so vor den Jungs....

Aber das Problem ist akut. Putins Russland ist auf Platz 136 in der Welt, mit Nigeria und Kamerun. Belarus und Kasachstan stehen besser da.

Gott, bewahre Russland!«

Boris Nemzow auf Echo Moskwy, 4.12.2012; <http://echo.msk.ru/blog/nemtsov_boris/1449212-echo/>

Der Rubel ist so viel wert, wie das Regime Putins in den Augen des Marktes

» [...] In seiner Botschaft an die Föderale Versammlung hat Präsident Wladimir Putin dazu aufgerufen, gegen die Devisenspekulanten zu kämpfen. ›Die Behörden wissen, wer diese Spekulanten sind, und es gibt Instrumente, um auf sie einzuwirken‹, erklärte Wladimir Putin.

Am 11. Dezember rief der Chef des Strafvermittlungskomitees Russlands Alexander Bastrykin ebenfalls zum Kampf gegen die Devisenspekulanten auf.

Unmittelbar am nächsten Tag, am 12. Dezember (also am Freitag) erlaubte die Zentralbank den russischen Banken, die Anleihen von »Rosneft«, die einen Tag zuvor für die gigantische Summe von 625 Milliarden Rubel ausgegeben worden waren, als Bürgschaft für Kredite zu verwenden. Grob gesagt, bedeutete das: Die Bank kann diese Anleihen von Rosneft nehmen, zur Zentralbank bringen, dort mit der Hilfe dieser Anleihen einen Kredit bekommen und für das erhaltene Geld Devisen kaufen.

Unmittelbar am nächsten Werktag, also am Montag, d. 15. Dezember stürzte der Rubel ab. Innerhalb eines Tages verlor die Nationalwährung 15% ihres Wertes (sie fiel von 56 auf 65 Rubel pro Dollar) und brachte das Land an den Rand der Hyperinflation. Ich würde mich nicht wundern, wenn gegen Mitte des kommenden Jahres nach dem Vorbild Venezuelas und Argentiniens der freie Währungsmarkt verboten wird. [...]

Was nun die Devisenspekulanten angeht, so muss ich sowohl Putin wie auch Bastrykin mitteilen, dass es die in der Tat gibt. Mit einem kleinen Detail. Heute können nur Beamte auf dem Markt Geld verdienen. Wenn eine Per-

son nämlich weiß, dass es einen Kredit an Rosneft geben soll, wenn er von einer Währungsintervention der Zentralbank weiß, kann er Millionen verdienen. Wenn er es nicht weiß, ist die Volatilität des Marktes derart groß, dass jeder Spekulant vom Markt fliegt.

Nun stellt sich die Frage: Wird Bastrykin wirklich untersuchen, wann Rosneft tatsächlich das Geld bekommen hat und wohin es geflossen ist, oder wird er eine Pressemitteilung über 625 Milliarden Tonnen »Rubel-Wasser« verfassen, das sich über das Unternehmen ergoss und von dem kein Tropfen im Meer gelangte, mit einer wunderbaren und erschöpfenden Erklärung? Und wird dann Nawalnyj der Spekulation gegen den Rubel beschuldigt?«

Julia Latynina in der Nowaja Gaveta, 16.12.2014 <<http://www.novayagazeta.ru/columns/66553.html>>

KOMMENTAR

Russland ist endgültig in der Finanzkrise angekommen

Gunter Deuber, Wien

Der Kollateralschaden des außenpolitischen Kurses Russlands ist in den letzten Tagen augenscheinlich an den Finanzmärkten Russlands angekommen. Nach Wochen des Verfalls des Außenwertes des Rubel und einer nochmals schroffen Abwertung am 15. Dezember – dem stärksten Verfall des Rubels an einem Tag seit 1998 – musste die Notenbank Russlands letztlich massiv eingreifen. In einer Übernacht- und Krisensitzung hat sie den Leitzins um 6,5 Prozentpunkte auf nun schwindelerregende 17 Prozent anheben müssen. Damit soll Marktspekulation gegen den Rubel bzw. der Verkauf von Rubeln verteuft werden. Zusätzlich erklärte die Notenbank, russischen Banken mehr Fremdwährungsliquidität bereitstellen zu wollen, was den Verkaufsdruck auf den Rubel ebenfalls etwas abmildern kann.

Der massive Zinsschritt der Notenbank kam, nachdem sie unmissverständlich und öffentlich auf steigende Risiken für das Wirtschaftswachstum und vor allem für die Finanzstabilität hingewiesen hat. Damit ist die Notenbank Russlands offensichtlich im Finanzkrisenmanagement angekommen. Leitzinserhöhungen in einem in dieser Woche erlebten Umfang erinnern an die Lage in Russland 1998 oder an andere Finanzmarktkrisen. Bis Anfang der Woche hatte sich die Notenbank Russlands den Erfordernissen eines Krisenmanagements eher verschlossen, was am Finanzstandort Moskau hinter vorgehaltener Hand durchaus kritisch bewertet wurde. Über die Gründe des lange Zeit zögerlichen Vorgehens der Notenbank kann nur spekuliert werden. Einige Marktteilnehmer beurteilten das Notenbankhandeln als zu marktgläubig bzw. als zu stark an Textbüchern verhaftet, andere argwöhnten, die Notenbank wolle – ganz gleich aus welchem Grund – tunlichst lange den Eindruck vermeiden, dass Russland auf eine veritable Finanzkrise zusteurt.

Mit Nominalzinsen im hohen zweistelligen Bereich und Realzinsen (den Zinsen abzüglich der Inflation) im Bereich von 7–8 Prozent hat die Notenbank nun Krisenmanagement und Stabilisierung eindeutig über das Ziel Wirtschaftswachstum gestellt. Die Finanzierungskosten im Bankensektor werden nun noch deutlicher ansteigen, während die Abhängigkeit russischer Banken von der Notenbankfinanzierung 2014 ohnehin stark angewachsen ist. Angesichts hoher Finanzierungskosten und zunehmender Verunsicherung durch die Finanzmarktrisiken werden Investitionen und Konsum noch stärker unter Druck geraten. Dies lässt für 2015 eine noch tiefere Rezession befürchten, als bereits jetzt erwartet wird.

Äußerst prekär ist zudem, dass die Notenbank den Rubel nur vorübergehend stützen konnte. Die Wirkung der Notzinserhöhung verpuffte schnell wieder. Da weitere Zinsanhebungen allein wohl kaum noch Effekte zeitigen werden, dürften voraussichtlich weitere Schritte zur Stützung des Rubels erforderlich sein. Wenn beim Rubel wieder nachhaltig Wechselkursniveaus wie vor dem Zinsschritt erreicht werden, kann sich die Notenbank weiteren Maßnahmen auch nicht mehr verschließen. Denn sonst würde ihre Glaubwürdigkeit noch mehr leiden. Voraussichtlich präferiert die Notenbank kurzfristig noch andere marktorientierte Maßnahmen, etwa groß angelegte Deviseninterventionen im Zusammenspiel mit weiteren Zinsschritten. Allerdings sind bei weiter ausbleibendem Stabilisierungserfolg auch zusätzliche restriktive Maßnahmen – zum Beispiel mögliche administrative Einschränkungen beim internationalen Kapitalverkehr – nun einen Schritt näher gerückt. Zumal es auch Anzeichen gibt, dass die bisherigen marktisierten Stabilisierungsmaßnahmen generell ineffizient waren. So haben etwa staatsnahe russische Großunter-